

# Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Nachträger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Postfachkonto Nr. 23 885, Sozialistischer Verlag, G. m. b. H., Berlin. Fernsprech-Anschluß: Ring-Nr. 6837.

Freitag, den 3. Juni 1921

Abbestellungspreis: Die 8 geteilte Mittelwertel über deren Name 0,80 Mk. monatlich 0,80 Mk. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Gesetze und Verordnungen 0,40 Mk. Werbung: Die Mittelwertel, 8 geteilte über deren Name im Satz 1.- 20.

## Keine Amnestie — aber neue Steuern! Angestellte, übt aktive Solidarität!

**Dank an Kahr! — Neue Steuern, neue Preiserhöhungen, vermehrte Arbeit! — Keine Amnestie!**

Wie ein frommer Pastor reiste der Reichskanzler Wirth in seiner Programmrede in der Mittwochs-Sitzung des Reichstages einen Gemeinplatz an den andern, und einer übertraf den andern an Lächerlichkeit und Verlogenheit. Die Widersprüche in seinen klassischen Versprüchen mußten dem gläubigsten seiner frommen Schäflein auffallen. Hinter all der Geistlosigkeit aber grinte die Larve der Reaktion hervor, Elend und Tod dem Proletariat angedeihend.

Die sozialdemokratische Koalitionsregierung, die den Belagerungszustand aufrecht erhält, verkündet Verständigung als ihr Programm; obwohl sie duldet, daß in ganz Deutschland die Arbeiter auf die Straße geworfen werden, verkündet sie Wiederaufbau als ihr Programm. Sie läßt Tausende Arbeiter in den Kerker schmachten, weitere aburteilen und verkündet Versöhnung als ihr Programm.

**Kein Wort von der Aufhebung der Sondergerichte, kein Wort von der Amnestie,** trotz den ununterbrochenen leidenschaftlichen Zurufen unserer Genossen: Amnestie! Amnestie!, die von den Sozialdemokraten mit schurkischem Spott beantwortet werden.

**Kein Wort von Sozialisierung,** kurz, nichts für das Interesse des Proletariats, alles gegen es. Und die Sozialdemokraten sitzen in dieser Regierung und die Unabhängigen unterstützen sie in der Hoffnung, bald selbst hineinzukommen.

Dafür, daß Kahr in seiner Hohnrede die Notwendigkeit der Entwaffnung an deren Durchführung er gar nicht denkt, aughst, fällt Wirth ihm um den Hals, spricht ihm seinen Dank dafür aus, daß er sich wenigstens zu dieser schweren Erkenntnis durchgerungen habe, und verkündet Orgeß-Kahr die Durchführung der Orgeßentwaffnung an — würdig der sozialdemokratischen Koalitionsregierung.

Die Lösung der „sozial-ethischen“ Fragen erklärt der Reichskanzler als einen Hauptpunkt seines Programms. Was ist das anders als bemerkter Betrug in dem Munde eines Mannes, der im gleichen Atemzuge Preissteigerungen, Erhöhung der direkten und indirekten Steuern, weitere Auspressung der Arbeitskraft, anreiz, der die weiße Justiz aufrecht erhält und Orgeß-Kahr und obersteleische Orgeß an sein Herz drückt. „Die Sache der Freiheit“ — wahrscheinlich der Tausenden Verurteilten und Hunderttausenden hungernden Arbeitslosen — „ist selbst mit dem schwersten finanziellen Opfer nicht zu teuer erkauft“ erklärt der Reichskanzler.

Die deutsche, durch eine Insurrektion entstandene Republik erkennt dieser Reichskanzler offenbar nicht an, denn „durch eine Insurrektion kann nie Recht geschaffen werden“, erklärt er. Von der „friedlichen“ Demokratie, von der „sozial-ethischen“ Einstellung der deutschen Volksseele“ läßt er. Wir haben die friedliche Demokratie genossen seit den 2 1/2 Jahren der Republik und haben sie mit Zehntausenden Toten bezahlt.

An die Weisheit der westeuropäischen Kapitalisten lassen die Sozialdemokraten durch den Reichskanzler appellieren, statt an die Solidarität des Proletariats; an die Einsicht der Junker zur Hebung der Produktion, statt an die Kraft der Arbeiterklasse.

Und in dieser Regierung, die dem Proletariat die unerträglichsten Opfer anreizt, alles am Proletariat begangene Unrecht belächelt und neues Konzuliat, sitzen die Sozialdemokraten, und die Unabhängigen stützen sie.

Unsere kommunistischen Fraktionsredner werden dem Herren Wirth die Antwort auf seine Rede nicht schuldig bleiben.

Reichstags-Sitzung vom 1. Juni.

### Die Programmrede des Reichskanzlers.

Ich will das Programm der neuen Regierung in folgenden drei Worten zusammenfassen:

**Verständigung, Wiederaufbau und Verschönerung.** (Zuruf der Kommunisten: Und die Amnestie!) Durch Arbeit und Leistungen wollen wir die Freiheit des Vaterlandes wieder gewinnen. Die Regierung will die Verpflichtungen erfüllen und sie verlangt von dem ganzen deutschen Volke, daß es sich anstrengt, Leistungen größerer Art zu vollbringen. Wir haben eine Milliarde Goldmark rechtzeitig bezahlt, weitere 50 Mill. Goldmark in Zinsen anbezahlt. Den betreffenden Banken schulden wir dafür den größten Dank. (Zuruf der Komm.: Die haben ihren Profit gemacht! — Reden Sie jetzt einmal über Amnestie!) Wir haben uns den Entwaffnungsbestimmungen des Militär-, Marine- und Flugwesens gefügt. Die bisher abgelassenen Kräfte sind auch bei der Entwaffnung eingeschaltet worden. (Zuruf der Komm.: Schwindel! Erlaubt das Kahr?) Die Festungen werden abgebaut, die überflüssigen Polizeikräfte werden abgeführt. Die bayerische Regierung stand vor einer außerordentlich schwierigen Situation. Ich habe es nicht für richtig gehalten, durch offizielle Schreiben diese schwierige Lage der bayerischen Regierung noch zu verschärfen. Die bayerische Regierung hat inzwischen die bekannte Erklärung über die Entwaffnung der Einwohnerwehr

abgegeben. Wenn danach die beteiligten Kreise sich zu Beschlüssen durchgerungen haben, die unabwendbar geworden sind,

so verdienen sie und alle beteiligten Personen Dank. (Stürmische Entrüstung bei den Komm. Unerhöht! Unerhöht!) Die freiwillige Entwaffnung der Bayern ist eine wichtige Tat auch für Deutschlands innere Einheit. Die bayerische Regierung will nach erfolgter Waffenabgabe die bayerischen Einwohnerwehren nicht auflösen, aber die Reichsregierung kann die Einwohnerwehren nicht auflösen, und die Organisation Eicherich von der Liste der ausführenden Organisationen nicht ausnehmen. Wir haben diesen Eingriff in das Verbandsrecht nur unter dem Druck der Illustrierten vorgenommen und dagegen Berufung bei den Illustrierten erhoben.

### Wirtschaftsprogramm:

Am unmittelbarsten steht das finanzielle Programm vor uns. In engem Zusammenhang damit das Wirtschaftsprogramm und die sozial-ethischen Aufgaben.

Die Sache der Freiheit ist selbst mit schwersten finanziellen Opfern nicht zu teuer erkauft.

(Zuruf bei den Komm.: Machen Sie sich nicht lächerlich mit der Freiheit!) Die 20prozentige Ausfuhrabgabe kann dauernd für die deutsche Ausfuhr nicht in Frage kommen. Eine volle Rückvergütung der Ausfuhrabgaben wird nicht erfolgen können. An neuen Steuerquellen kommt die Kohle in Frage, bei einer Differenzierung zwischen Hausbrand- und Industrie-Kohle. Ferner ein Ausbau der Körperschaftsteuern, der einer Beseitigung der hohen Dividenden gleichkommt. Ausbau der Biersteuer, ferner gilt es, die bereits verabschiedeten Steuern wirklich durchzuführen. Der langsame Fortgang der Veranlagung der Besitz- und Einkommensteuer hatte in den Kreisen,

in denen die Steuer vom Lohn und Gehalt abgezogen wurde, lebhafteste Bemerkung hervorgerufen. An indirekten Steuern sind Entwürfe für eine Erhöhung der Einkommen aus dem Branntweinmonopol, aus der Biersteuer, Befestigung der Ermäßigung der Tabaksteuer, höherer Besteuerung des Jockes einschließlich der Süßholze

ausgearbeitet. Die ungeheure Arbeit der Notenpresse muß abgebaut werden. Zu den Kriegs- und Revolutionsgewinnern dürfen sich nicht noch Reparationsgewinnler gesellen. Wir müssen im Inlande höhere Werte erzeugen und unsere Einfuhr einschränken. Die Landwirtschaft muß auf höchstmögliche Produktion eingestellt werden. (Zuruf bei den Komm.: Die Junker machen es schon.) Die ganze Wirtschaftspolitik muß abgestimmt sein auf das Ziel der größtmöglichen Produktionssteigerung.

Der Reichskanzler verspricht dann die produktive Beschäftigung der Erwerbslosen und die Förderung des Bau- und Siedlungswesens. Landwirtschaft und Industrie dürfen sich nicht feindlich gegenübersehen, sondern als Brüder. Die inneren Gegensätze müssen möglichst zurückgestellt und die besten Kräfte des Volkes von innerem Haß freigemacht werden. In allen Schichten des Volkes muß jeder soziale Geist eintreten, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. (Erneutes Rufen der Kommunisten: Amnestie!) Der Reichskanzler kann nicht weiter sprechen. Rufe bei den Rednern. Abg. Remmele (Komm.) wird zur Ordnung gerufen.)

Dann erzählt der Reichskanzler noch von der Notwendigkeit der Normalisierung und Typisierung der Industrie. (Zuruf bei den Komm.: Der phantastische Jüngling!)

In Oberschlesien handelt es sich um eine künstlich emsachte von außen unterstützte Rebellion. Die Industrie sieht vor dem Zusammenbruch. Die Bevölkerung hat sich zur Selbsthilfe zusammengeschlossen; mit höchster Bewunderung haben wir ihre Selbstbeherrschung festgestellt. Durch die Abstimung haben wir ein Recht auf Oberschlesien erwirkt auf unter Recht, auf die Basis der wirtschaftlichen Tatsachen muß Oberschlesien bei Deutschland bleiben. Es geht nicht, daß durch Rebellion sogenannte vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Noch nie ist durch eine Insurrektion Recht geschaffen worden.

Oberschlesien darf nicht ein neuer Brennpunkt werden, der Europa aufs neue in Flammen setzt. Der Reichskanzler kommt dann auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu sprechen. Das ewige Drohen mit dem Schwert ist das Gegenteil vom demokratischen Geist, den die Franzosen von uns verlangen. Legt doch endlich die Flinten weg. (Zuruf bei den Komm.: Die Würderregierung sagt so etwas! Bayern!) Der Sieg eines phantastischen Diktators in Oberschlesien wird den Todeskeim für die Demokratie in Europa legen.

Auf die innere Politik zu sprechen kommend, sagt Wirth: Durch die Annahme des Ultimatums ist uns die Freiheit im Innern erhalten worden. (Zuruf: Schmeiß!) An der Durchführung der Reichsverfassung wollen wir ehrlich arbeiten. (Abg. Remmele (Komm.): Schwindeln Sie nicht! Zweiter Ordnungsruf des Abg. durch den Präsidialen. Beifall bei der Mehrheit, Unruhe bei den Kommunisten und Zurufe: Es bleibt doch Schwindel!) Die Regierung wird jedem gewalttätigen Angriff auf die Verfassung rechtzeitig entgegenzutreten.

Der Ausnahmezustand in Groß-Hamburg wird sofort aufgehoben werden. In den übrigen Gebieten soll es auch bald abgebaut werden.

Die Geschäftswirtschaft des Reiches muß aufblühen. Die Preise für Lebensmittel sowie die Löhne und Gehälter sollen dem Umständen anpaßt werden. (Zuruf: Hoffmann (Komm.): Proletariat, zieht den Riemen enger!) Das deutsche Volk vertraut darauf, daß der Sinn für Recht und Gerechtigkeit im Ausland zu neuem Leben erwacht.

Der nationale Gedanke muß gepflegt werden. Er muß sich aber auf einer demokratischen Basis, die sich löst von dem reinen Machtprinzip, entwickeln. (Zurufe bei den Komm.: Amnestie!)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, wobei gegen die beiden Reichs-Länger: Geschäftsordnungsdebatte, wobei gegen die beiden über Sondergerichte und Ausnahmezustand auf die morgige Tagesordnung gesetzt werden, verläßt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr.

Die katastrophale Krise, in der sich gegenwärtig der Kapitalismus befindet und zu deren Überwindung das Unternehmertum mit immer rücksichtsloseren Mitteln vorgeht, treibt die breitesten Schichten des Proletariats in die Kampffrontstellung.

Immer mehr Angestellte, Arbeiter und Beamte lernen aus der Notlage, in die sie durch das Vorgehen des Kapitalismus gedrängt werden, daß sie sich gegenüber den Absichten des Unternehmertums, das täglich geschlossener auftritt, gleichfalls zu einer festen Abwehrfront zusammenschließen müssen. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten ist seit der Revolution ganz gewaltig gewachsen, was ohne weiteres beweist, daß auch unter bisher indifferenten Schichten der werktätigen Bevölkerung die Erkenntnis von der Notwendigkeit des organisierten Abwehrkampfes immer mehr Platz greift.

Als ein ganz besonders erfreuliches Resultat dieser Entwicklung ist die Tatsache zu betrachten, daß heute Berufskategorien ihre Lohnkämpfe mit einer Energie und Fähigkeit führen, die man ihnen vor der Revolution gar nicht zugetraut hätte. Es muß hier vor allem an die Bankbeamten und die kaufmännischen und technischen Angestellten erinnert werden.

Natürlich ist es auch bei diesen Berufsgruppen nur ein kleiner Vortrupp, der die geistige Führung hat und ganz und gar von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß es zwischen Kopf- und Handarbeitern keine Klassen- und damit auch keine Interessengegensätze geben kann, und daß beide fest zusammenhalten müssen im Kampf gegen den Kapitalismus. Gerade unter den Angestellten gibt es noch sehr viele, die aus einem vererbten Standesdünkel sich gern für etwas Besseres halten, als so ein „gewöhnlicher“ Arbeiter. Aus dieser falschen Einstellung heraus ist es zu begreifen, daß sich bei Lohnkämpfen die Angestellten immer noch sehr oft von den Unternehmern gegen die Arbeiter auspielen lassen. Technische Angestellte lassen sich als Streikbrecher (technische Nothilfe) gebrauchen und fallen so den im Streik liegenden Klassenossen in den Rücken. Aber auch innerhalb der Angestellten selbst läßt das Solidaritätsgefühl oft noch sehr zu wünschen übrig. Angestellte, die auf Grund besserer Kenntnisse eine bessere Entlohnung bekommen, halten sich ihren weniger gebildeten Berufskollegen gegenüber für etwas Besseres.

Diese Einbildung, denn etwas anderes ist es nicht, wird stets von dem Unternehmer auf das geschickteste ausgenutzt, um die ganz besonders im Streik notwendige Einheitsfront der Angestellten zu sabotieren.

Die Angestellten müssen in ihrer Gesamtheit begreifen, daß es dem Unternehmertum gegenüber weder unter den Angestellten noch zwischen Angestellten und Arbeitern Gegensätze geben darf. Angestellte und Arbeiter sind gleichermaßen Ausbeutete des Kapitals. Und wenn es das Profitinteresse der Fabrikanten und Aktionäre erfordert, werden sowohl die Löhne der Arbeiter wie die der Angestellten abgebaut, fliegen Angestellte ebenso rücksichtslos auf die Straße wie Arbeiter.

Den prozigen Unternehmern gegenüber gehört der Angestellte im Gehtragen ebenso zum Arbeiterpack, wie der Arbeiter im Hemdsärmel. Mit seiner Einbildung, etwas Besseres zu sein als die Arbeiter, hat der Angestellte bis heute seine Lage nur verschlechtert, aber niemals gebessert.

Diese Erkenntnis haben die Angestellten auch bisher stets aus den geführten Lohnkämpfen gezogen. Immer deutlicher kam es ihnen zum Bewußtsein, daß der Endsieg nur errungen werden kann, wenn das gesamte Proletariat fest und geschlossen zusammenhält und sich gegenseitig durch aktive Solidarität im Kampf unterstützt.

Aus dieser Erwägung heraus kamen auch in diesen Tagen die kaufmännischen und technischen Angestellten des Waldenburger Kohlenreviers zusammen, die ebenso wie die Bergarbeiter schon seit langer Zeit mit den Bergwerksbesitzern in Tarifverhandlungen stehen. Denn auch ihnen gegenüber haben sich die Grubenbesitzer genau so hartnäckig und rücksichtslos gezeigt wie bei den Bergarbeitern.

Als die Bergarbeiter die Verschleppungspolitik der Gewerkschaftsführer nicht mehr mitmachen wollten und in den Generalstreik getreten waren, hielten auch die Angestellten die Zeit für gekommen, durch einen Streik den nötigen Druck hinter ihre Forderungen zu setzen. Die Kapitalisten, zwischen zwei Feuer genommen, müßten dann beiden, den Arbeitern wie den Angestellten, viel schneller das erforderliche Entgegenkommen zeigen.

Daß auch die Angestellten mit der von den Gewerkschaftsführern betriebenen Politik nicht ganz einverstanden sind und die Erzeugung gegen die freien Unternehmern auch in ihren Reihen in der letzten Zeit ganz zernünftig angewachsen ist, bewies die auf Drängen der Angestellten hin vom Allgemeinen freien Angestelltenbund einberufene Versammlung, die sehr stark besucht war und in der teilweise eine gute Kampf Stimmung herrschte.

# Eisenbahner Schlesiens! Holt jeden bewaffneten Banditen aus dem Zuge, Orgeß ist euer Feind.



Selbstverständlich bemühen sich die Organisationsleiter auf das eifrigste, die kampflustigen Angeestellten zu beruhigen. Da es die Gewerkschaftsführer für ihre Pflicht halten, stets auch die Interessen des Unternehmertums (manchmal überhaupt nur diese) mit zu vertreten, hatten sie natürlich das größte Interesse, den Streikenden zu leiden haben, nicht noch mehr Sorge zu machen durch einen gleichzeitigen Streik der Angeestellten. Unbekümmert darum, daß gerade gegenwärtig die Gelegenheit für einen Streik der Angeestellten die denkbar günstigste ist, wiegelten sie aus Leibeshäften ab, genau so, wie es ja auch die Gewerkschaftsböden den Bergarbeitern gegenüber zu tun versuchten. Hier aber wurden sie zum Teufel gejagt, und der Streik brach los über die Köpfe der Führer hinweg, die nur immer ängstlich bemüht sind, den Kapitalisten keinen Schaden zuzufügen.

Die Angeestellten wurden aufgefordert, „ruhig ihrer Arbeit nachzugehen“, „ungeachtet des Bergarbeiterstreiks“.

Das ist die alte bekannte Taktik der Gewerkschaftsführer, die jedem Kampf, jeder Verschärfung der Situation aus Sorge für das Unternehmertum aus dem Wege gehen!

Anstatt die gegebene Gelegenheit auszunutzen und den Druck, unter dem sich das Unternehmertum durch den Streik der Bergleute schon befindet, durch ein Uebergreifen des Streiks auf die Angeestellten noch zu erhöhen, ermahnen die erprobten Agenten des Kapitals zur Ruhe.

Angeichts dieser feigen und arbeitserfindlichen Stellungnahme kann es nur als unehrlich wirken, wenn diese selben Homieglar die Angeestellten auffordern, die Solidarität mit den Bergarbeitern hochzuhalten.

Was ist das für eine Solidarität, die nur aus Phrasen und schönen Redensarten besteht, die aber nicht zur Tat werden will?

Den Bergarbeitern nicht nur eine aktive Solidarität, und die wird gezeigt, indem die Angeestellten durch einen Streik ihrerseits den kämpfenden Arbeitern beispringen.

Dadurch nützen die Angeestellten nicht nur den Bergarbeitern, sondern auch sich selbst. Für das halbsittlich sich meigende Unternehmertum wird die Lage viel unangenehmer, wenn es sich zwischen zwei Eisen befindet, als wenn es ihm gelingt, erst mit dem einen Anstreifer fertig zu werden und sich danach dem zweiten Gegner gegenüberzustellen.

Daß auch den Angeestellten der Streik nicht erspart bleibt, das werden die hohen Herren von der Organisationsleitung wohl selbst zugeben. Die Unternehmer werden weder, wenn die Arbeiter siegen, noch wenn sie unterliegen, fallen. Die Angeestellten mehr Entgegenkommen zeigen, als bisher. Die Angeestellten werden auf alle Fälle dann das Nachsehen haben.

Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo auch die Angeestellten kämpfen müssen. Unter doppeltem Sturmangriff muß das Unternehmertum zermalmt werden. Den Angeestellten wird nichts anderes übrigbleiben, als genau so zu handeln, wie es die Bergarbeiter getan haben. Sie werden die günstige Gelegenheit beim Schopfe fassen und über die Köpfe bremsender Führer hinweg zum Streik greifen.

Seite an Seite mit den Bergarbeitern kann der Kampf für die Angeestellten nur leichter werden. Schwerer wird er dadurch nur für die Unternehmer, und das soll er ja auch, denn desto schneller setzen Arbeiter und Angeestellte ihre Forderungen durch und brechen den Widerstand der Kapitalisten.

Erst wenn bleibt den Angeestellten der Kampf einmal nicht. Jetzt ist die Situation günstig.

## Die Revolte der Orgesch.

Der Dank des Reichskanzlers Wirth an das Haus für die Regierungserklärung vom 1. Juni im Reichstag kann nicht besser illustriert werden, wie durch die gegenwärtige „Entwaffnungskaktion“ in Bayern. Der bayerische Diktator Kahr hat in den letzten Wochen Feden und Reden gehalten, in denen er von der Notwendigkeit der bayerischen Einwohnerwehren sprach und die Unmöglichkeit ihrer Auflösung nachdrücklich versuchte. Parallel mit diesen parlamentarischen Erklärungen gingen die Aktionen der bayerischen Einwohnerwehr und der innere Ausbau der Orgesch und anderer bürgerlicher Selbstschutzzugorganisationen. Die Kapitalisten denken nicht daran, die Waffen aus der Hand zu geben. Die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten in der Sitzung des bayerischen Finanzausschusses am 31. Mai ist nichts anderes, als ein großer Schwindel! Zur Täuschung der Öffentlichkeit hat Kahr erklärt, daß die bayerische Regierung in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung erklärt hat, in Erfüllung des Wärmotums in der Entwaffnung der Einwohnerwehren das Möglichste zu tun. Er ist sogar noch weiter gegangen und hat die Versicherung abgegeben, daß die Termine der Entwaffnung zum Licht abgehalten werden sollen. Kahr behauptete ausdrücklich, daß mit der Durchführung der Entwaffnung die bayerische Regierung ein Opfer bringe, daß nur durch die Reichsregierung (1) des bayerischen Volkes zu erklären sei.

Die tatsächliche Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr über die Einwohnerwehren, die sich in den letzten Tagen durchaus nicht abendend hat, wird durch die Rede Kahr und die bayerischen Pressekommentare zur Entwaffnungsfrage dargestellt. Orgesch und Einwohnerwehren sind nicht nur noch Kahr, sondern noch der Ministerpräsident der bayerischen Bourgeoisie unbedingt notwendig zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, zur Sicherung der bayerischen Autorität, und zur Abwehr aller bürgerlichen Streitigkeiten. Kahr hat nicht nur erklärt, daß die Klassenbewußtheit der Bourgeoisie nur aufrecht erhalten werden kann mit Hilfe der militärischen Machtmittel der bayerischen Klasse, sondern er spricht auch klar aus, daß kapitalistische Wirtschaftsweise und Beherrschung der Bourgeoisie untrennbar verbunden sind. Kahr hat in seiner Erklärung der Ueberzeugung der bayerischen Regierung „von der Notwendigkeit der Erhaltung der Selbstschutzzugorganisationen gerade zum Vorteil der unersetzten Erfüllung der Reparationsforderungen“ Ausdruck.

Wirtschaftliche Leistungen in solchem Ausmaß und gleichzeitig Preisgabe der Schutzmittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu verlangen, die dafür die notwendige Voraussetzung bilden, keinen Widerspruch der Militärs wohl nicht bewagt worden sei, weil sie

nicht wüßten, wie labil noch unsere Zustände sind und weil sie unbedeutend an der tatsächlichen Auffassung über die Natur der Selbstschutzzugorganisationen fehlte.

Dieser Programmplan des Orgeschhauptsprechers verstoß alle pazifistischen Illusionen der Unabhängigen und der Sozialdemokraten, die der Arbeiterklasse noch immer glauben machen wollen, die Entwaffnungsfrage sei zu lösen mit parlamentarischen Mitteln oder gar mit einer Regierungsverordnung. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren rollt den Machtkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf. Es gibt keine Entwaffnung der bestehenden Klasse ohne die Bewaffnung der beschloßenen Klasse. Kein bürgerlich-sozialdemokratisches Koalitionskabinett wird es wagen, die Bajonette zu zerbrechen, die die wirtschaftliche Vormachtstellung der Bourgeoisie sichern. Ein solches Kabinett würde sich selbst aufgeben. Deshalb sind alle die unzähligen Regierungserklärungen, Reichstagsreden und Parlamentarismen über die Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren nichts anderes als ein ganz niederrichtiger Schwindel, der das Proletariat über den wirklichen Tatbestand hinwegzutäuschen soll. Die Kommentare der bayerischen Orgeschpresse zur Rede des Ministerpräsidenten Kahr lassen ganz klar und unzweideutig den Schluß zu, daß in Bayern die beschloßene Klasse die programmatischen Erklärungen über die Entwaffnung nicht ernst nimmt. Und sollte es unter dem Druck der Entente ja zu einer formellen Scheinentwaffnung kommen, so weisen die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bereits den Weg zu neuen Selbstschutzzugorganisationen, indem sie schreiben: „Geschlossen muß der Umsturz die Kräfte finden, die bisher in der Einwohnerwehr gesammelt waren.“ In Bayern, wie überhaupt in ganz Süddeutschland ist das Bürgertum nach diesem Programm schon drauf und dran, neue Organisationsformen für die alten Selbstschutzzugverbände zu finden. Seit Wochen finden in allen größeren Orten Süddeutschlands sogenannte Regimentszusammenkünfte statt, die völlig unter dem Einfluß der alten kaiserlichen Offiziere stehen und dazu dienen sollen, die ehemaligen Frontsoldaten und vor allen Dingen die Reaktionsären Offiziere und Unteroffiziere organisatorisch zusammenzubringen und die Grundlage für vaterländische und monarchistische Organisationen zu schaffen. Diese Regimentszusammenkünfte dienen der Beherrschung des wilhelminischen Geistes und der Konfolidierung der konterrevolutionären Kräfte. Sobald die bayerische Einwohnerwehr und die Organisation Eicherich formell aufgelöst sein werden, wird die Arbeiterklasse in den Vereinen der „Ehemaligen 9Ser“, der „Ehemaligen Fuß- und Feldartillerie-Regimenter“, der „Ehemaligen Flieger- und Luftschifferformationen“ usw. die neue Form der Orgesch erkennen.

Diese Formationen stehen heute schon in enger Verbindung untereinander, und es ist kein Zweifel, daß die Regimentszusammenkünfte von einer Zentralstelle aus organisiert werden. Die illegalen Verbände bilden den Kern der weißen Garde, die mit ihrem Terror die demokratische Republik unter der Führung der Ludendorff und Hindenburg zum Teufel jagen werden.

Augenblicklich wehren sich die Selbstschutzzugorganisationen mit Klauen und Zähnen gegen die Auflösung. Die bayerische Presse fordert zum Teil ganz unerblickt die Zurückstellung der Auflösungsfrage und bietet sich Briand als Hausknecht gegen die bolschewistische Gefahr an. Der Gegenbruch der blauen Konterrevolution hat die Regierung veranlaßt, Schritte zu unternehmen, um die Gründe gegen die Auflösung, die von der bayerischen Landesregierung geltend gemacht worden sind, den Militärs zur Nachprüfung zu unterbreiten. Das Kabinett Wirth-Bauer weicht den Forderungen der Orgeschleute und will auf neue das diplomatische Spiel über die Entwaffnungsfrage beginnen. Die deutsche Arbeiterklasse kann hieraus am besten erkennen, daß die Interessen der Reichsregierung und diejenigen der bayerischen Regierung zusammenfallen. Will das deutsche Proletariat ernstlich die Entwaffnung der Bourgeoisie, dann muß es sich selbst bewaffnen und alle Schritte unternehmen, die zu diesem Ziel führen. Das dies nicht auf dem Wege des parlamentarischen Verhandels, sondern nur durch die revolutionäre Aktion möglich ist, diese Erkenntnis muß in die breiten Arbeitermassen hineingetragen und im Kampfe erhärtet werden.

## Politische Uebersicht.

### Der Landtag will keine Entlassung der Sonderjustiz.

In Beginn der gestrigen Sitzung beantragte der Genosse Meyer aus neue den Bericht des Rechtsausschusses über die Sondergerichte auf die Tagesordnung zu legen. Durch den Widerstand der Rechten wurde dies verhindert. Darauf folgt die Fortsetzung der Debatte über die große Anfrage Eisinger und Gen. über die Vorlegung eines Gesetzes zur Ueberwindung des Kommunal-, Kreis- und Provinzialverwaltungsrechts. Die Sachverhalte der Debatte sind in keiner Weise der am Tage vorher nach. Wiederrumsetzung seiner der bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten eine Aussage aus dem Munde der Rechten und des Sozialdemokraten zu finden. Der Sozialdemokrat Leinert hat es für notwendig, durch Spitzfindigkeiten den von unterm Genossen Kahr angelegten Schandnamen der SPD in Hannover ein anderes Gesicht geben zu wollen. Er will kein Orgeschgeneral sein, sondern nur der Leiter eines „Reichstages“, der lediglich „zum Schutze des Eigentums und des Lebens der Bürger“ geschaffen sei. Er will auch nicht während des Kapp-Zufluges den Genossen Kahr in Schutz nehmen, sondern „hört es nur nicht für geschmacklos, Herrn Kahr freizusprechen“. Die in Hannover geschaffene Willkür dient keiner Meinung noch auch nur dazu, den Armen billige Milch zu liefern.

Unter Genosse Kahr engagiert ihm hoch die Einwohnerwehren ebenfalls in Ordnung umgewandelt worden sind, ohne dadurch ihren ursprünglichen Charakter zu verlieren. Die Abreise des Genossen von Kahr nach Ordnung hat Leinert von Eicherich übernommen, der seiner Organisation nach außer ihn auch keine anderen Aufgaben gibt. Doch die Ortswahl in Hannover gleichbedeutend mit der Orgesch ist, geht daraus hervor, daß grundsätzlich die Sozialdemokraten demnach anstehen werden. Es ist also auch nicht wahr, daß Unklarheiten und Kommunisten nur deshalb nicht in der Untersuchungskommission vertreten sind, weil sie zu wenig an Zahl sind. Die jetzt fortgeführten Betriebsarbeiten im größten Betrieb Hannovers haben entgegen Leinerts Versicherung, der die Kommunisten festlegt, ihr Amt nicht erfüllt. Sie waren vorher überlassen nicht im Betriebsrat vertreten und haben nur 9 Betriebsräte gegen 14 Mitglieder aller anderen Parteien gewonnen. Die von der SPD behauptete Willkür betrifft nur einen Teil der bayerischen Familien und wird in nächster Zeit einem Eingangsmodell. Das haben bereits auch Unabhängige als Orgesch erkannt, die sich dagegen wehren.

Der Abgeordnete Biele (Dt. Hann.) wirft Leinert vor, die Schuld am Blutvergießen in Hannover während des Kapp-Zufluges zu tragen, da er über das Anrücken des kappistischen Hindenburg-Bataillons unterrichtet gewesen sei.

Nachdem das Redegesetz zwischen Biele und Leinert über eine angeblich gestohlene Tasse, aus der Leinert Briefe veröffentlicht hat, und deren Herkunft er sich weigert, anzugeben, noch einige Zeit gedauert hat, wird die Debatte geschlossen und der Antrag dem Gemeindeausschuß überwiesen.

Die Rechtsparteien unternehmen nunmehr einen Sturmangriff gegen Groß-Berlin, der von dem deutschnationalen Pastor Koch eingeleitet wird.

Die Debatte wird schließlich abgebrochen und bei der nun folgenden Feststellung der Tagesordnung für die Freitagssitzung entwickelt sich eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte. Vom Präsidenten wird vorgeschlagen, als 2. Punkt der Tagesordnung den Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Scholten (Kommunist) zu verhandeln. Unser Genosse Meyer fordert aufs neue den vorherigen Bericht des Rechtsausschusses über die Sondergerichte, da es nicht anständig sei, daß das Haus eines seiner Mitglieder den Sondergerichten ausliefert, ehe es den Ausschussbericht entgegengenommen hat. Der Abgeordnete Eisinger (Soz.) tritt ebenfalls für einen baldigen Bericht des Rechtsausschusses über die Sondergerichte ein, hält es aber nicht für notwendig, daß dies vor der Beratung über die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Scholten zu geschehen habe. Die Abstimmung ergibt eine Ablehnung des Antrags Meyer gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien. Der Landtag wird also am Freitag über die Auslieferung des Genossen Scholten an die Oberste Schandjustiz beraten, ohne vorher den Bericht über die Sondergerichte angehört zu haben.

## Die Regierung will über die Orgesch erneut verhandeln.

W.T.B. meldet:

Ueber die Auflösung der Selbstschutzzugorganisation ist der interalliierten Militär-Kontroll-Kommission zu Händen des Generals Nollet die geforderte Liste vor Ablauf der dafür gesetzten Frist vorgelegt worden. In der Liste sind die ostpreussischen Grenzwehren, die bayerische Einwohnerwehr und die Organisation Eicherich bezeichnet. Gleichzeitig sind Schritte unternommen worden, um die Gründe gegen die Auflösung, die seitens der hauptbeteiligten Landesregierungen teils aus rechtlichen, teils aus tatsächlichen Gründen geltend gemacht worden sind, den alliierten Mächten unter der Voraussetzung der Wassernachgabe zur Nachprüfung zu unterbreiten.

Trotzdem die Regierung feierlich erklärte, alle Bestimmungen des unterzeichneten Diktats ausführen zu wollen, wird hier aufs neue versucht, die Erlaubnis zur Beibehaltung der Orgesch zu erhalten. Es zeigt sich also, daß das deutsche Bürgertum bereit ist, alle wirtschaftlichen Lasten, die der Friedensvertrag Deutschland auferlegt hat, zu übernehmen und auf das Proletariat abzuwälzen. Es kann und will aber nicht darauf verzichten, durch eine Horke und ausgesprochen konterrevolutionäre bewaffnete Macht das Proletariat in Schach zu halten. Wenn die Unabhängigen bei ihrem Geschrei für die Unterzeichnung wirklich geglaubt haben sollen, daß das Entente-Diktat die Orgesch beseitigt, so zeigen die Tatsachen ihren Grundirrtum auf. Die herrschenden Klassen in Deutschland sind nur bereit, den Friedensvertrag soweit durchzuführen, als er das deutsche Proletariat versklavt und wehren sich gegen alles, was sie ihrer Macht berauben könnte.

## Brandherd Oberschlesien.

In Oberschlesien wird weiter gekämpft. Im Kriegsbericht heißt es:

„Auf der ganzen Front vom Norden bis zum Süden an der Oder schritten die Polen gestern zu starken Angriffen gegen die Linien des deutschen Selbstschutzes und verwendeten dabei an verschiedenen Stellen schwere Artillerie. Ein besonders starker Angriff, der gestern in den frühen Abendstunden bei Ratkau in der Nähe von Groß-Strehly erfolgte, wurde abgewiesen. Die Polen begannen darauf in diesem Abschnitt mit ihrem Rückzuge, den sie auch heute vormittag fortsetzten.“

An verschiedenen Orten scheinen sich die Polen zurückzuziehen. Es heißt, daß sie das geräumte Gebiet planmäßig zerstören. Wahrscheinlich mit der Fügigkeit, die die Konterrevolutionäre aller Nationen bei den verschiedenen Rückzügen im Kriege gelernt haben.

Das Eingreifen der Engländer wird unmittelbar erwartet. Nach der Meldung einer hiesigen Zeitung steht morgen ein Angriff der englischen Truppen auf Groß-Strehly bevor.

Die interalliierte Kommission hat den Obersten Rat ersucht, über seine Entscheidungen vorläufig der Öffentlichkeit nichts mitzuteilen, weil dies nur zur Einschüchtern der deutschen und polnischen Kampfhähne führt. Daß noch lange keine Rede sein kann von einer Entspannung, geht daraus hervor, daß entgegen allen Versicherungen auf beiden Seiten weiter gerüstet wird. So wird aus Oppeln vom 31. Mai gemeldet, daß die Polen überall große Verstärkungen herangezogen hätten.

Aus der Gegend Tichau, Nikolai, Bogoschütz, Schoppinik, Eichenau und Zolenz sind sämtliche ausgebildeten Mannschaften an die polnische Front abgegangen. Zurückgeblieben sind nur alte Männer und unausgebildete Leute. Die Ausbildung geschieht durch reguläre Kaiser-Infanterie in Jülich.

Die deutschen Verstärkungen gehen jetzt, weil ihnen der Durchzug durch Sachsen etwas erschwert worden ist, durch die Provinz Sachsen. In Mitteldeutschland, vor allem in Halle sind wiederholt Orgeschtransporte festgestellt worden. Die W.P.D. Sachsens des Bezirks Halle, Merseburg, wendet sich gemeinsam mit der U.P.D. an die gesamte Arbeitererschaft Mitteldeutschlands, besonders an die Eisenbahner mit einem Aufruf zur Selbsthilfe:

Nach eingehender Besprechung der Parteien und Gewerkschaften herrscht einmütig die Auffassung, die Eisenbahnerbetriebsräte bei der Durchführung ihrer wichtigen Aufgabe zu unterstützen.

Eisenbahner! Wo ein Orgeschmann sich zeigt, laßt ihn nicht zum Sammelplatz der Konterrevolution — nach Oberschlesien — fahren. Halbt die Transporte an. Werdet ihr bedroht, dann ruft die gesamte Arbeitererschaft zu Hilfe.

Arbeiter, Angehörige, Beamte! Seid wachsam, duldet keine Vorbereitungen zu einem neuen Kriegsabenteuer, zu einem neuen Kapp-Zug. Widersteht Euch allen Versuchen, die darauf hinauslaufen, Deutschland in ein neues blutiges Abenteuer zu führen.

Die papierernen Dekrete der Oberkirchlichen Orgesch-Feldherren in der Regierung werden kein Resultat zeitigen, nur die Selbsthilfe der Arbeiter kann ein Ende machen mit dem Norden. Der Aufruf der mitteldeutschen Arbeiter muß der ganzen deutschen Arbeitererschaft ein Signal sein!



## Zensurschikanen in Württemberg.

Der württembergische Justizminister Graf steht der kommunistischen Presse die Daumen schrauben fester. Wie wir bereits meldeten, steht der Stuttgarter „Kommunist“ unter Zensur. Eine Zensurschikane laßt jetzt die andere. Nicht genug damit, daß der Redaktion der Schriftführer für die Auszeichnung der verschiedenen Artikel und Notizen vorgeschrieben wird; die Redaktion darf nicht einmal die Verfügungen der Stadt-, Bezirks- und des Zensors den Lesern des „Kommunisten“ zur Kenntnis bringen. Graf Wameyden, die den Zensor spielen, ließen der Redaktion des „Kommunisten“ am 31. Mai eine neue Verfügung betr. die Vorkensur zugehen. Es heißt darin u. a.: Um die schwierige Kontrolle der jetzigen Zeitung zu erleichtern und zu beschleunigen, (1) wird mit sofortiger Wirkung auf Grund der vom Staatsministerium in Ziffer 2 seiner Verfügung erteilten Ermächtigung und unter Hinweis auf die erheblichen Straffolgen und Verwaltungsmaßnahmen weiterhin angeordnet:

1. Der Stadtdirektion sind, ehe mit der Ausgabe begonnen wird, alsbald nach Fertigstellung der Zeitung 4 Exemplare der betreffenden Nummer durch Extraboten zuzustellen.
2. Dem Pflichteremplar sind die von uns zensierten „Fahnen“ in der Reihenfolge der Artikel, wie sie in der betreffenden Zeitung abgedruckt sind, beizulegen.
3. Auf unsere Verfügung vom 30. d. Mts., insbesondere auf Ziffer 4, möchten wir noch ganz besonders hinweisen.
4. Die Zensur erstreckt sich auch auf etwaige, in anderen Druckereien hergestellte Druckschriften, die der Zeitung als Beilagen angeschlossen werden sollen.

Die Stuttgarter Arbeiterschaft und die Arbeiterschaft Württembergs führt einen hartnäckigen Kampf gegen die Grafschen Willkürakte. In großen Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen nimmt die Arbeiterschaft Stellung gegen die Pressebehebung. Die rechtssozialistischen und unabhängigen Arbeiter beteiligen sich an den Protesten. Auch die Arbeiter im übrigen Reich müssen dem Vorgehen der süddeutschen Orgeschregierungen die nötige Aufmerksamkeit widmen und bereit sein, die Schläge gegen das süddeutsche Proletariat parieren zu helfen.

## Ein politisches Tendenzurteil.

Am Dienstag, den 31. Mai, fand vor dem Stuttgarter Schwurgericht die Verhandlung gegen die Genossen Schreiner und Böttcher wegen eines Vergehens der Aufforderung zum Ungehorsam gegen bestehende Befehle statt. Das Verbrechen wird in einem Aufruf, der im Oktober v. J. im „Sozialdemokrat“ in Stuttgart veröffentlicht wurde, erblickt. Die Anklage stützte sich auf folgende Sätze des Aufrufs:

„Die Forderung, die wir an die deutschen Arbeiter zu richten haben, lautet:  
Aktives Eingreifen der deutschen Arbeiter, um die Transporte von Waffen, Munition und Truppen gegen Sowjetrußland zu verhindern. Desgleichen die Verhinderung der Herstellung von Waffen und Munition durch die deutschen Arbeiter und die deutsche Industrie!“

Der Aufruf war im Auftrag des alten Landesvorstandes der U.S.P. Württembergs unterzeichnet: Hermann Kemmele, für den Landesvorstand der U.S.P. Württembergs: Albert Schreiner. Der Genosse Böttcher hatte lediglich als verantwortlicher Redakteur gezeichnet. Der Staatsanwalt gab sich keinerlei Mühe, seine Anklage strafrechtlich zu begründen. Von vornherein betonte er, daß dieser Prozeß eine hochpolitische Bedeutung habe, dementsprechend war auch seine ganze Anklagerede nichts anderes als eine politische Hetzrede gegen die Kommunisten. Als Beweis für das strafrechtliche Vergehen der Angeklagten in diesem Aufruf führte der Anklagevertreter die im Juli v. J. von einigen Arbeitern der Daimler-Motoren-Gesellschaft begangene Zerstörung von Panzerkraftwagen an. Der Aufruf sollte also zur Folge gehabt haben eine Straftat, die bereits drei Monate vor Veröffentlichung des Aufrufs erfolgt war. Der Staatsanwalt betrieb mit derartigen Machinationen eine Stimmungsmache schlimmster Art gegen die Angeklagten. Um den Boden für eine Verurteilung vorzubereiten, schredete der Staatsanwalt die als Geschworenen fungierenden Kleinbürger mit antibolschewistischen Märchen und zitierte ganz zusammenhanglos Manifeste der kommunistischen Internationale.

Der Verteidiger entkräftete die „strafrechtliche“ Grundlage der Anklage. Der Genosse Schreiner wies in seiner Verteidigung darauf hin, daß dieser Aufruf nur zu verstehen sei im Rahmen der politischen Geschichte des vorigen Jahres. Im Interesse des deutschen Proletariats sei es gelegen, allen neuen imperialistischen Abenteuer der Bourgeoisie mit allen Mitteln entgegenzuwirken. In treffenden Ausführungen legte er wie auch der Genosse Böttcher den kommunistischen Standpunkt in der Frage des russisch-polnischen Krieges und der Beziehungen Deutschlands zu Sowjetrußland klar. Es war unseren Genossen ein leichtes, den ganzen Prozeß als Tendenzprozeß zu demaskieren.

Der Staatsanwalt beantragte gegen beide Angeklagte je 6 Monate Gefängnis. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage in beiden Fällen. Das Gericht verurteilte den Genossen Schreiner zu drei, den Genossen Böttcher zu zwei Monaten Gefängnis.

Mit diesem Urteil stellt sich die württembergische Justiz in eine Linie mit den ebertinischen Sondergerichten. Es handelt sich nicht mehr darum, ob ein Kommunist gegen das bürgerliche Strafbuch „gesundigt“ hat, sondern die Tatsache, daß ein Angeklagter Kommunist ist, genügt ihm Sünden wie im Norden der Stinnesrepublik zur Verurteilung kommunistischer Redakteure.

## Das „Verbrechen“.

Die Menschewitzpresse beider Fraktionen hat wieder neuen Stoff bekommen zum Kampf gegen die kommunistische Partei. Paul Levi hat seine Rede, die er in der Rede des Zentralausschusses der Partei, die ihn mit überwältigender Mehrheit aus der Partei ausschloß, als Broschüre veröffentlicht unter dem Titel: „Was ist das Verbrechen?“ Wie erwartet, stürzt sich die Presse der Hilferdinge und Scheidemänner wieder auf diesen „letzten Haken“ und setzt ihn ihren Lesern breit aufgemacht vor. Die berechnete Erbitterung über den Verrat Paul Levis ist noch überall lebendig und schon wieder heißt der Ruf dieses Renegaten durch alle Gassen der U.S.P. und U.S.P. und auch die kontrevolutionäre bürgerliche Presse teilt sich über diesen „einsichtsvollen Arbeiterführer“.

Das Vorwort der Broschüre allein ist bezeichnend für das Wesen und den Charakter Paul Levis. In seiner grenzenlosen Eitelkeit und Selbstüberhebung, in seinem Haß gegen die Zentrale, die es gewagt hat, ihn, den Unfehlbaren, wegen seines beispiellosen Verrats, den er sich leisten zu können glaubte, aus der Partei auszuschließen. Spöttelt er über die „unfähige Zentrale“, die als „Sekretärkollegium weiterwirkte“, seitdem er, der „große“ Paul Levi, nicht mehr seinen göttlichen Rat (Hier sind die Götter!) austreten kann. Das „Einzige“, was die Mitglieder der Zentrale der Partei noch geben könnten, sei das Bekenntnis ihrer Fehler. In diesem Stile geht es weiter, Haß und Kampf gegen die Zentrale, das ist das Leitmotiv dieser politischen Primadonna.

Im übrigen stellt Levi es in seiner Rechtfertigungsbroschüre so hin, als wäre er wegen seiner sachlichen Beurteilung der Märzaktion aus der Partei ausgeschlossen worden. Nein, wegen des beispiellosen Verrats und Disziplinbruchs dieses Renegaten mußte die Partei sofort klar und deutlich den Strich zwischen sich und Levi ziehen. Levi stellt sich in seiner Rede hin als Arzt, der seinen Patienten, die kranke Partei, nur mit einer Pferdekur retten zu können glaubte. Aber siehe da, es zeigte sich, daß der Arzt eine sehr schlechte Diagnose gestellt hatte, denn der Kranke erwiderte sich als so kerngesund und lebensfröh, daß er den pfuschenden Volitor mit seinen vergiftenden Medizinern mit Hieben und Prügeln aus dem Hause herausjagte.

Levi hat gar kein Gefühl dafür, wie er durch seine Handlungsweise den Kommunismus in Deutschland geschädigt hat, wie der durch die krankhafte und maßlose Entstellung der Märzaktion (er mußte doch die Unfähigkeit der Zentrale beweisen) den Menschewitzern der U.S.P. und S.P.D. Wasser auf ihre Mühlen lieferte und sich dabei selbst vieler Argumente bediente, die bis dahin Alleingut des Menschewismus waren. Sachlich bringt seine Rede wenig Neues. Wie stets bei Levi, viele Zitate, die diesmal allerdings meist an den Saaren herbeigezogen sind, so die von Trotsky aus dessen Zeit, als er noch sachlich gegen die Bolschewiki stand. Ein merkwürdiger Widerspruch fällt jedem Leser zwischen Rede und Vorwort auf. In seiner am 4. Mai gehaltenen Rede konstatierte er (S. 32) noch, daß keine Aussicht vorhanden sei, daß „irgendeiner von euch hier“, also der Mitglieder des Zentralausschusses, die anarchistische Krankheit sich und sie als Verderb der Partei erkenne. In dem am 15. Mai geschriebenen Vorwort der Broschüre dagegen stellt er fest: „in der Sache hat meine Auffassung schon heute gesiegt“. Als Beweis führt er die „inzwischen“ vom Zentralausschuß angenommenen Leitsätze an. Levi verschweigt absichtlich, daß diese Leitsätze nicht „inzwischen“, sondern schon am 3. Mai, also am Tage vor seinem Ausschluß aus der Partei vom Zentralausschuß einstimmig angenommen waren, und daß sie verfaßt und vorgelegt waren von jenen Genossen, die die Hauptverantwortung für die Märzaktion tragen. Ein Beweis dafür, daß das ganze Geschrei Levis über den Bakunismus und Putschismus nichts als ein elender Krampf war, um Levi als Kletter der Partei erscheinen zu lassen. Paul Levis Rolle als Anarchistenführer war völlig überflüssig, weil die U.S.P. die marxistische Bahn und Taktik nie verlassen hat und nie verlassen wird.

Die in der Märzaktion gemachten Fehler und die daraus zu ziehenden Lehren hätte die Partei ohne den Verrat Levis besser, schneller und klarer gefolgert, als nach der völlig unnötigen Zuspitzung der Situation in der Partei durch ihn und seine Freunde. Niemand hat geäußert, daß Fehler begangen wurden. Schlimmer noch als diese bei der Aktion begangenen Fehler ist der Geist der Passivität und des Opportunismus bei Levi und einzelnen seiner Freunde. Die Masse der Partei ist viel zu gesund, als daß wir nicht hoffnungsvoll in die Zukunft schauen könnten. Für einzelne in der Aktion begangene Fehler haben die Arbeiter Verständnis, nicht aber für den Verrat, die Passivität und den Opportunismus eines Paul Levi. Er hatte die Fühlung mit den breiten Massen der Partei so völlig verloren, daß nicht ein einziger Parteibeizirk sich hinter ihn stellte. Die kommunistischen Arbeiter fühlten, daß sie es hier mit einem Mann zu tun hatten, der nicht, wie man es von einem Führer verlangen muß, der Partei mit Leib und Seele ergeben war, sondern der seine persönlichen Neigungen über die Interessen der Partei stellte. Levi ist für die kommunistische Partei erledigt. Der Kommunismus in Deutschland wird groß und stark werden, die kommunistische Partei wird die führende proletarische Kampf- und Massenpartei werden, sie wird die entscheidenden Schlachten schlagen, aber ohne den Mann, der ihr in schwerer Stunde einen Dolchstoß in den Rücken versetzte.

## Ausland.

### Die französische Senatsdebatte.

#### Für Entwaffnung der heimlichen Ueberregierung — für billige Lohnsklaven.

Der französische Senat hat sich dem Vertrauensvotum der französischen Kammer angeschlossen. In der Sitzung machten Briand und Loucheur bemerkenswerte Ausführungen. Briand erklärte zur Entwaffnungsfrage:

„Wenn das deutsche Volk seine Verantwortungen erfüllt, dann dürfe es auch bald wieder die normalen Verhältnisse mit den anderen Völkern aufnehmen können. Wenn jedoch in Deutschland gewisse Kräfte am Leben bleiben, wenn dem deutschen Volk Waffen bleiben, wenn es ihm möglich gemacht werde, in Fabriken Kriegsmaterial herzustellen, wenn die bestehenden militärischen Organisationen nicht aufgelöst würden, wenn vor allem eine gewisse Clique in Deutschland auf die Tatsache des Vorhandenseins von Waffen und Kriegsmaterial gestützt

heimlich eine Ueberregierung in Deutschland bilde, die von einem Teil des deutschen Volks geduldet werde, dann werde das neue demokratische Deutschland nicht zur Durchbildung gelangen können. Dann würden alle Regierungen, die das demokratische Deutschland vertritt, fürchten, als das heimliche Ueberregiment, die nur auf den gänzlichsten Augenblick lauzere, einen Staatsstreich unternehmen.“

Wenn Deutschland nicht entwaffnet werde, dann sei dieser Staatsstreich zu befürchten. Wenn die Alliierten in der Frage

der Abrüstung nachgeben, oder nicht so scharf aufpassen, dann werde eines Tages jene heimliche Regierung offen das Ruder ergreifen.“

Das „neue demokratische Deutschland“ wird auf kapitalistischer Grundlage nicht zur Durchbildung gelangen, auch nicht von Gnaden des Ententekapitals, schon gar nicht, solange die sozialpatriotisch-bürgerliche Koalition aus der deutschen Arbeiterschaft trotz der heimlichen Ueberregierung der Ueberregime mit der Unterstützung der Entente-Gewaltthaber die Milliarden für den Wiederaufbau des französischen Kapitalismus herauszuschinden versuchen wird.

Die folgenden Ausführungen des Ministers Poincaré in der gleichen französischen Senatsdebatte zeigten mit wünschenswerter Klarheit, zu welcher Sklaven- und Lehnvölkerarbeit das Millionenheer der deutschen Proleten verurteilt ist.

Loucheur erklärte zur Wiederaufbaufrage:  
Zu der deutschen Beteiligung am Wiederaufbau sei er stets gegen die Verwendung deutscher Arbeitskräfte in großem Maßstabe gewesen, und zwar besonders aus dem Grunde, weil man den deutschen Arbeitern den größten Teil ihres Lohnes nicht in deutschem Gelde ausbezahlen müsse.

Hingegen könne Deutschland in Deutschland selbst und durch seine Arbeiter einen großen Teil der für den Wiederaufbau nötigen Materialien vorbereiten lassen und so am Wiederaufbau teilnehmen. Die Verwendung deutscher Arbeiter in Frankreich wüßte er auf die Gebiete beschränkt zu sehen, die infolge der Kriegführung in eine wahre Wüste verwandelt worden seien.

Deutschland habe die Lieferung von 25 000 Holzhäusern versprochen. Er habe darauf die deutsche Regierung um Vorschläge für die Lieferung von hölzernen Bauernhäusern, nicht Baracken, die man später wieder abbrechen müsse, ersucht. So viel er wisse, könne Deutschland im Laufe der nächsten Monate monatlich 1500 solche Häuser liefern und diese Lieferung später auf 2500 monatlich steigern.

Auf eine Anfrage Ribots über den Preis dieser Häuser erwiderte Loucheur, man könne mit einer Ersparnis von 20 bis 25 Prozent im Vergleich zu den französischen Lieferungen rechnen.

So sieht die von der Amsterdamer Internationale propagierte Teilnahme deutscher Arbeiter an der Wiederaufbauarbeit aus. Die Saat von Amsterdams Keim. Die Lehnvölkerarbeit, zu der die deutschen Arbeiter verurteilt sind, wird schließlich Loucheur und seine Klassen-genossen, aber auch die gelben Helfershelfer beseitigen.

## Lloyd Georges Drohung gegen die englischen Bergarbeiter.

Aus London wird uns berichtet: Der nun schon zwei Monate dauernde Streik der englischen Bergarbeiter verfehlt die Bourgeoisie in immer größere Bedrängnis. Die übrigen Gewerkschaften unterstützen die streikenden Bergleute finanziell und die Eisenbahner und Transportarbeiter sorgen dafür, daß der Vorrat ausländischer Kohlen in Kraft bleibt. Das englische Wirtschaftsleben steht still. Vergebens sucht die Kapitalistenklasse, sich mit Galgenhumor über die Situation hinweg zu täuschen. So brachte die „Times“ kürzlich einen Artikel, der mit Befriedigung hervorhob, daß London noch nie so gute Luft gehabt habe wie jetzt, wo die Fabrikrauche nicht rauchen. Um die Krise zu beenden, will nun Lloyd George zu einem Gewaltakt schreiten. Er legte den Bergarbeitern einen neuen Vergleichsvorschlag vor, der einen allmählichen Lohnabbau vorsieht. Wenn die Arbeiter darauf nicht eingehen wollen, sollen sie durch Gesetz dazu gezwungen werden. Die kampfproben englische Bergarbeiterschaft läßt sich aber von Lloyd George nicht einschüchtern. Die Drohung des Ministerpräsidenten hatte in den Bergwerksbezirken nur einen Heiterkeitserfolg.

Inzwischen zieht die Krise in England immer weitere Kreise. Der Teilstreik der schottischen Hafenarbeiter hält an, ebenso verhält sich der Gewerkschaft zwischen den Eisenbahnern und den Eisenbahngesellschaften. Dazu kommt der Konflikt in der Schiffahrt, und endlich drohen große Lohnkämpfe in der Metall- und Textilindustrie. Das Heer der Arbeitslosen nimmt ständig zu. Am 20. Mai waren in Großbritannien amtlich angemeldet: 2 070 000 Erwerbslose und 1 214 000 Kurzarbeiter. Dazu kommen die Hunderttausende von Erwerbslosen, welche die amtliche Statistik nicht erfasst und schließlich die Million der streikenden Bergarbeiter. Die Gesamtzahl der englischen Proletarier, die gegenwärtig von der Krise erfasst sind, dürfte 5 Millionen übersteigen. Das sind die Segnungen des Kapitalismus im „Siegesstaat England“.

London, 31. Mai.

Dreißig Syndikate, die 1 1/2 Millionen Metallarbeiter vertreten, protestieren gegen die Herabsetzung der Löhne, die für den 16. Juni angekündigt ist. Es wird eine Konferenz mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorbereitet.

(U.) London, den 1. Juni.

Die Verwaltungen der Bergarbeiter in Süd-Wales und der schottischen Bergarbeiter haben beschlossen, ihren Mitgliedern zur Ablehnung der neuen Regierungsvorschläge zu raten. Die Hafenarbeiter in Glasgow beschlossen, den Streik fortzusetzen. Die Eisenbahner versprochen Geldunterstützungen.

Wie der Daily Herald berichtet, sind die Drohungen Lloyd Georges mit dem Schiedsgericht, der obligatorisch sein solle, in allen Krisen nur mit Hohngelächter aufgenommen worden. Der tapfere Streik der englischen Bergarbeiter dauert fort. Mehr als je gilt es jetzt:

Deutsche Bergleute! Keine Streikbrecherkohle für die englischen Kapitalisten! Hebt Solidarität mit den Klassen-genossen!

## Demission der österreichischen Regierung

Wien, 1. Juni.

Heute nachmittag fand ein Kabinettsrat statt, in dem Bundeskanzler Dr. Mayr die Demission der Regierung ankündigte. Die Demission wurde vom Kabinettsrat zur Kenntnis genommen. Der Bundeskanzler Dr. Mayr wird vom Bundespräsidenten Gaissich mit der Fortführung der Geschäfte betraut werden.

Mittags sprachen im Wiener Außenamt die Vertreter der großen Entente vor, um neuerdings einen Protest wegen der Anschlussbestimmungen der österreichischen Regierung zu übermitteln.

Es ist nach Mitteilungen aus Ententekreisen die Gelehr vorhanden, daß die Entente Ungarn nicht auffordern wird, nach der Ratifizierung des Friedens von Trianon Westungarn zu räumen. Weiter verläuft, daß, falls die Abstimmung in der Steiermark durchgeführt wird, die Russen in Steiermark einmarschieren. Ueber die Pläne der Tschecoslowaken liegen lediglich Vermutungen vor.

## Angriffe auf Kommunisten in Bulgarien.

Wien, 1. Juni.

Bei einem Unwag anlässlich des bulgarischen Nationalfeiertags wurde von Provokateuren ein Bombenattentat verübt. Das war das Signal zu einem Überfall auf die kommunistischen Arbeiterclubs, Les-Gewerkschaftshäuser und die Genossenschaftsdruckerei. Sämtliche Gebäude wurden geplündert und niedergebrannt. Zahlreiche Kommunisten, darunter auch Abgeordnete, wurden verhaftet.



# Breslauer Nachrichten

## Gegen einen neuen Kapp-Putsch.

Am Montag fanden in Breslau zwei sehr gut besuchte öffentliche Versammlungen statt. Die Redner verstanden es vorzüglich, an der Hand von Tatsachenmaterial die Gefahren klarzulegen, die der schlesischen, der deutschen Arbeiterschaft bevorstehen durch die in Oberschlesien zusammengezogenen 125 000 Orgeschbanditen, Studenten und Zeitschriftlichen.

Wenn schon die Breslauer Arbeiter es nicht verstanden haben, gleich den schlesischen die Transporte zu verhindern, unmöglich zu machen, so dürfen diese Orgeschbanditen, wenn sie das oberste schlesische Gebot abgestreift haben, nicht bewaffnet wieder zurück. Die Eisenbahner müssen, unterstützt von den Arbeitern in den Betrieben, alles daranlegen, um den Aufmarsch der „neuen Volkstümer“ unmöglich zu machen.

Die Breslauer Arbeiter müssen erkennen, daß ihnen nicht gedient ist, wenn große Listen von den Parteien und Gewerkschaften angelegt werden, wenn in diesen Listen genau die Eigenschaften, militärische Ausbildung usw. festgestellt wird. Die Arbeiterwehr muß zur Tat werden. Wenn die SPD-Leute keine Kommunisten sein haben wollen, gut; daran soll es nicht scheitern. Aber wir fordern die Tat. Die Kommunisten werden beweisen, daß sie im entscheidenden Moment in den ersten Reihen stehen werden.

In der Diskussion erklärten sich die Vertreter der USPD und KPD, mit dem Referat einverstanden. Es wurde verlangt, in den Versammlungen der SPD, am Donnerstag ebenfalls in diesem Sinne zu wirken.

Es wurde folgende Resolution angenommen:  
Die hier versammelten Breslauer Arbeiter und Arbeiterinnen richten das Augenmerk des gesamten Proletariats auf die ungeheure, stündlich wachsende Gefahr der Ueberflutung ganz Schlesiens mit Orgeschbanditen und andern weisgardistischen Landsknechten.

Die weiße Armee ist nicht mehr bloß in der Bildung begriffen — sie marschiert bereits auf. Der blutige, räuberische Freikorpskrieg gegen die ober-schlesischen Arbeiter bereitet den Hauptstoß gegen die Arbeiter ganz Deutschlands vor. Von Bayern, Sachsen, Württemberg rücken die Weihen an. Ihr Ziel ist: mit Mord und Raub, mit Terror und Lohschlag die proletarischen Massen auf immerdar ins Hungerloch zu zwingen, auf immerdar die Blutherrschaft des Stinnes aufzurichten.

Die Stunde des Kapp-Putsches ist wieder da. Die gleichen Offiziere und Studenten sind wieder da — nur besser vorbereitet, nur legal und unbefellig. Das Schwert des Orgesch hängt über dem deutschen Proletariat und bedroht sein Leben. Der furchtbare Ernst dieser Situation erheischt der Arbeiterschaft, über alle Reden und Besprechungen hinweg

das sofortige Uebergehen zur Aktion gegen die weißen Banden. Wir schlesische Arbeiter, die am meisten gefährdeten, die ersten, auf die sich die Orgeschbanditen stürzen werden, fordern daher von allen sozialistischen Parteien und Gewerkschaften Breslaus, unzerzückt einen Ausschuss zu bilden, der die betriebsweise Bewaffnung aller organisierten Arbeiter, ohne Unterschied der Partei

durchzuführen hat.  
Wir rufen die Arbeiter, Angestellten und Bauern Schlesiens auf, sich zur rücksichtslosen Niederhaltung aller Invidiensozialistischer Vorstöße bereit zu halten. Kein Quartier und kein Stück Brot den Orgeschleuten! Kein Mann, kein Gewehr, keine Munition darf nach Oberschlesien durchgelassen oder von Oberschlesien zurückbefördert werden.

Alle deutschen Proletarier, namentlich die Eisenbahner, rufen wir auf, aufs schärfste die Züge zu kontrollieren, die Orgeschtransporte mit allen Mitteln aufzuhalten, die Weisgardisten aus den Zügen zu holen, die Freikorpsleute von den Bahnhöfen zu logen.

Obdem wir an das Klassenbewußtsein aller Arbeitenden in Stadt und Land appellieren, fordern wir sie auf, in dieser ersten Stunde alle untergeordneten Gegenstände zurückzustellen und mit uns zur Tat zu schreiten:

- Für die Bewaffnung der Arbeiterschaft!
- Für die Entwaffnung der Orgeschbanden!
- Für die Bliederung und Aufschändlichmachung der ober-schlesischen Weisgen Armee!

### „Heimattreue Erwerbslosenräte.“

Unter dem Titel „Heimattreue Oberschlesier“ bringt die „Volkswacht“ vom Dienstag, den 31. Mai, eine Kollie, wonach bei der am 29. stattgefundenen Rundgebung für Oberschlesien auch ein angeleglicher Kommunist Michalski für die nationale Einheitsfront gesprochen haben soll. Sie muß selber feststellen, daß dort auch mit ihrem Genossen Löbe Schindlauer gerieben wurde, findet es aber nicht für notwendig, was sie genau so gut wissen wie wir, daß dieser Michalski schon Jahr und Tag der kommunistischen Partei nicht mehr angehört. Er ist schon im Herbst 1919 aus der Partei wegen Verräterei und anderen Verfehlungen, die er sich der Partei gegenüber zuschulden kommen ließ, ausgeschlossen worden. Die „Volkswacht“ weiß das genau so wie wir, und wenn sie es nicht weiß, ihre Parteigeschichte vergangener und heutiger Tage kann genug Fälle aufzählen, daß zu einer proletarischen Bewegung, die in ihren Anfangsstadien in alle möglichen zweifelhaften Elemente hinein, die im Laufe der Zeit alle wieder verschwinden. Wenn sie dann schreibt, daß Michalski es war, der das Kennzeichen des Kommunismus am höchsten in die Luft schwang, dann beweist

Schlesische Arbeiter und Bauern:  
Orgesch, Aulock, Selbsthütung sind  
Tetade auch nur Weiß und Rind.

Nur, daß sie sich nicht im geringsten von einem bürgerlichen Standardblatt unterscheidet. Es sei denn, daß sie ein sozialdemokratisches Standardblatt ist. Die Breslauer Arbeiter lassen sich ihre Sympathie für den Kommunismus nicht rauben, auch wenn sie wissen, daß einmal ein Michalski unserer Partei angehört hat. Sie wissen, daß wir diesen Fehler bald beseitigt haben, sie wissen aber auch, daß die Fehler, die von den Freunden und Genossen der Volkswacht begangen wurden und begangen werden, nicht abgestellt werden, sondern sich immer mehr von den Interessen des Proletariats entfernen und die Geschäfte des Unternehmertums besorgen, wie jener Sekretär der SPD in München, der Arbeitslose für das Freikorps „Oberland“ geworben hat.

Der Gummitensch Schlen, der sich stolz Erwerbslosen-Betriebsrat von Schlesien nennt, ist eine ebenso zweifelhafte Gestalt wie Michalski. Die Arbeitslosen Breslaus, die sich von diesen beiden sauberen Brüdern weiter verhalten lassen, sind zu bedauern. In den Erwerbslosenversammlungen markieren sie den radikalen Mann, und dann legen sie sich mit den deutschen nationalen Verbänden in den Armen. Die Erwerbslosen haben dafür zu sorgen, daß diese beiden Gesellen, die die Stellung, die sie von den Arbeitern bekamen, benützen, um persönliche Vorteile zu gewinnen, hochhantig aus ihren Reihen herausfliegen.

### Was sie getu möchten.

In der „Schlesischen Tagespost“, dem Breslauer Orgeschblatt, herrscht große Freude. In breiter Schlagzeile wird es verkündet: „Ruhland rührt sich“.

Zum wiederholten Male wird die Meldung gebracht, daß Sowjetrußland größere Truppenmassen an der polnischen Grenze aufzumarschieren soll. Der Zweck dieser Zugemeldung ist natürlich ein durchsichtiger: er soll auf der einen Seite den Friedenswilligen Sowjetrußlands diskreditieren, auf der anderen Seite will man aber mit diesem Schreckschuß die Polen in die Enge treiben.

Trotzdem, die „Tagespost“ nimmt die Meldung als möglich hin und freut sich, daß dadurch die Lage in Oberschlesien durch Kriegshandlungen, in die Polen nach einer anderen Seite hin verwickelt werden könnte, „erheblich günstiger“ für Deutschland werden könnte. Natürlich stockt den braven Orgeschleuten sofort wieder — trotz aller Freude — das Herz, weil sie daran denken müssen, daß ein siegreicher bolschewistischer Feldzug ein Anzeichen der kommunistischen Umtriebe nach sich ziehen würde. Und das kann Orgesch natürlich nie und nimmer zulassen. Wehmütig schließt der Freudeverkünder von der „Tagespost“: „Die Berliner Regierung genießt in Belke nicht das Vertrauen, daß sie die diplomatischen Möglichkeiten des russischen Einmarsches ausnützt, ohne die Gefahren allzugroßen Einverständnisses mit der Leninregierung zu unterschätzen.“

Das ist natürlich ein ganz nettes Geständnis. Um den deutschen Orgeschbanditen die Kasanien aus dem Feuer zu holen, dazu sind die russischen Roten Armeen noch immer lange gut genug. Aber bloß dieser +++ Leninregierung keine Zugeständnisse machen!

Ja, ja es sieht wunderbar im Köpfchen eines Tagespostredakteurs aus.

### „Heimattreue Kommunistenführer.“

Die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen, bringt eine sensationelle Meldung, wonach ein gewisser Ullgastly und Schleg aus Breslau in der Versammlung der Berliner „heimattreuen Oberschlesier“ gesprochen haben. Die „Freiheit“ erklärt die beiden für Kommunisten. Die beiden „kommunistischen“ heimattreuen Oberschlesier haben in Wahrheit nichts mit der KPD zu tun, und wenn sie sich als Parteiredner bezeichnet haben, erklären wir sie als politische Hochstapler.

Die Kommunisten haben den Schleg, der seine Stelle als Erwerbslosenrat Breslaus benutzt, um allerhand Experimente, wie Genossenschaftsgründungen usw. mit dem Michalski unternimmt, dauernd bloßgestellt und desavouiert.

Wir werden in den nächsten Tagen noch einmal eingehend den Fall behandeln.

### Arbeitslosenversammlung

Am Sonnabend, den 28. Mai, waren etwa 3000 arbeitslose Proletarier dem Ruf des Erwerbslosenrates gefolgt. Ein Aufruf des von den vereinigten Gewerkschaften eingesetzten „legalen“ Erwerbslosenrates in der „Volkswacht“, die allgemeine Erwerbslosenversammlung nicht zu besuchen, hatte keinen Erfolg. Das Bestreben der Gewerkschaftsbürokraten, die taufende Proletarier, die aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen sind, und den Zusammenhang mit dem organisierten Proletariat verlieren haben, beweist liegen zu lassen, sie zu verachten, sie als Menschen letzter Güte zu betrachten, ist bezeichnend für diese Konterrevolutionäre.

Wir Kommunisten müssen in den Erwerbslosenversammlungen immer wieder hinweisen auf die Notwendigkeit, daß alle Erwerbslosen zusammen mit allen Arbeitern in den Betrieben versuchen müssen, das Elend der Arbeitslosen zu vermindern, zu beheben. Die Arbeiter in den Betrieben müssen erkennen und die Tatsachen beweisen es, daß auch sie über kurz oder lang in das Meer der Elenden hinabgeschoben werden können.

Die Sanftmutter, die Forderungen der Enquete auf die Wiedergutmachung der Kriegsschäden veranlaßt die Unternehmer, nicht alle Kräfte anzuspannen und die Wirtschaft wieder in die Höhe zu bringen. Im Gegenteil sie lagern auf Grund der erhöhten Ausfuhrzölle können nur auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrieren, wir können nicht mehr so viel Profit einbringen — ergo machen wir die Bude zu. Bang, die Autoabrit, Schütte-Lanz in Rannheim entlassen 4000 Arbeiter, im Ruhrgebiet legt man Gruben still. Die Unternehmer im Waldenburger Revier denken nicht daran, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, der Abbau ohne sich nicht mehr.

Die Unternehmer, die während des Krieges Raubbau mit der Arbeitskraft, mit den Produktionsmitteln, an den Naturgütern,

### Schlesische Bauern!

Gebt der Orgesch keinen Speck!  
Nehmt ihr lieber Waffen weg!  
Gebt der Orgesch kein Quartier!  
Ihr krögt ja Weigel nur dafür.

deren Besitzer sie, nicht die Allgemeinheit ist, betrieben haben, können monatelang ohne direkten Verdienst leben. Sie können auf bessere Zeiten warten. Was kümmert es sie, daß in Deutschland 1 Million Proletarier leben müssen von der Erwerbslosenunterstützung, daß Millionen verkürzt arbeiten müssen, ja daß Hunderttausende überhaupt keinerlei Mittel zum Weiterleben haben, die ausgesteuert sind. Die Bourgeois kaufen und stellen und huren mit den arbeitslosen Töchtern der Proletarier weiter.

Der ADGB, in dessen Reihen 10 Millionen Arbeiter organisiert sind, hat 10 Forderungen aufgestellt zur Lösung, zur Bänderung des Arbeitslosenelends. Die SPD und USPD haben vor einigen Wochen Anträge im Reichstage eingebracht. Die SPD, die Gewerkschaftsführer sitzen in der Regierung und tun nichts, damit ihre Forderung an ihre Regierung verwirklicht wird.

Ihr Arbeiter in den Betrieben, ihr Arbeitslosen müßt mit eigener Energie gegen die Laubheit, gegen die Falschheit der Gewerkschaftsbürokraten Front machen; ihr müßt aus diesem 10-Millionenheer eine klassenbewußte Kampferarmee machen, die gewiß ist, gegen den sabotierenden Kapitalismus, gegen das Arbeitslosenelend, gegen das Versinken des Proletariats in Elend und Not anzukämpfen, ihn zu vernichten.

Ihr Arbeitslose müßt erkennen, daß eure Lage keine bessere wird, wenn ihr euren Arbeitslosenrat nur beauftragt mit Pallastmitteln euer Elend zu beseitigen.

Erkennt, daß nur durch eine großartige, konsequent durchgeführte Aktion aller Arbeiter euer Los ein anderes, besseres wird.

## Aus der Provinz

### Bergarbeiterstreit im Waldenburger Revier.

In einer Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute sämtlicher Organisationen am 29. Mai zu Waldenburg kam der entscheidende Organismus zum Ausdruck, im Streit solange zu verbleiben, bis ein annehmbares Ergebnis erzielt ist. Die Tatsache, daß die Belegschaften vollständig und bejammert seit einer Woche im Streit liegen, berechtigt zu der Annahme, daß auch bei einer Urabstimmung sich mehr als drei Viertel der Belegschaftsmitglieder für den Streik erklärt hätten. Unorganisierte gibt es in dem Revier nicht. Die freien Gewerkschaften, die christlichen und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften haben deshalb nunmehr den Streik anerkannt und derselbe wird von diesen geführt.

Der entschlossene Wille der Bergarbeiter, der über die Köpfe der zögernden, durch die Arbeitsgemeinschaft mit den Grubenbaronen zusammengelassenen Gewerkschaftsführer hinweg zum Ausdruck kam, wird sich durchsetzen.

Die Waldenburger Bergleute werden sich ein Beispiel nehmen an ihren Brüdern in England.

### Mittelsteine.

Achtung! Ziegelarbeiter!

Infolge Nichtzustandekommens eines Reichstags der Industrie der Erden und Steine, sowie Bereitung seitens der im Arbeitgeberverband zusammengeschlossenen Arbeitgeber der Ziegelsteine Mittelsteins steht der größte Teil der Arbeitnehmer in diesen Betrieben seit 1.21 prul d. J. ohne Tarif und seit dem 21. bzw. 23. Mai 1921 in Lohnstreitigkeiten.

Wir appellieren an das Solidaritätsgefühl der vom Streik freigegebenen Ziegelsteine. Speziell die der Grasschaft, uns durch keine Ausführung von Streitarbeit zu unterstützen. Wo Streikarbeit verlangt wird, ist die Arbeit niederzulegen. Wir hoffen, durch die Solidarität der Arbeiterschaft unseren gerechten Kampf zu einem günstigen Ende zu führen.

Streik-Komitee Mittelsteine.  
J. A. K. Günther.

### Ullwasser.

Arbeiterentlassungen infolge Kohlenmangels.

Wie uns mitgeteilt wird, sind am Dienstag bei der Firma Fiesch u. Co. in Ullwasser 450 Arbeiter und Arbeiterinnen plötzlich entlassen worden. Tiefe Maßnahmen wird auf Mangel an Kohlen zurückgeführt. Eine Betriebsversammlung, die sich mit den Maßnahmen der Betriebsleitung beschäftigte, hat bereits stattgefunden. Beschlüsse sind noch nicht gefaßt worden.

### Versammlungskalender

Kommunistische Jugend Breslau, Sonntag, 5. Juni, Tageswanderung ins Landheim Tarnowitz, Abmarsch 6 Uhr früh, Gruppe Zentrum: Bahndirke, Gruppe West: Westpark, Endstation Linie 21.

Alle arbeitslosen Kommunisten treffen sich zwecks Fraktionsbildung am Sonnabend, 4. Juni, 5 Uhr nachmittags auf dem Parteibüro.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Werner Tschalen, Berlin. Verlag: Sozialistischer Verlag v. G. m. b. H. Druck: Max Koster, Berlin.

Schauspielhaus  
Operettenbühne, Tel. Ring 2545  
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:  
Rascollchen  
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:  
Schwarzwalddübel

Zähne 6 Mark  
Körperl. Garantie!  
Reparaturen sofort!  
Krause, 20 Jahr. Praxis,  
Ohlauerstr. 70.

Genossen  
!  
Eist wer die  
Schlesische Arbeiter-  
Zeitung

## Sehr billige Angebote für unsere Arbeiter

- Posten Hosen aus engl. Leder schwarz u. blau 65.00
- Posten Hosen aus engl. Leder schwarz u. blau 75.00
- Posten Hosen aus Genoa Cord. 115.00
- Posten Hosen aus Genoa Cord. 138.00
- Posten Hosenstoffe 17.50

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

J. & A. Langstadt  
Ohlauer Str. 66, am Christophoriplatz

Sieben erschien unser neuestes  
Verzeichnis  
über die Veröffentlichungen des  
Verlaues der Kommunistischen Internationale.  
(Umfang 31 Seiten.)  
Wir geben dasselbe kostenlos an alle Interessierten ab. — Bestellungen sind zu richten an:  
Verlagsbuchhandlung Carl Kaym Fachl., L. Cakobitz,  
Hamburg 11, Admiralitätsstraße 19.

### Bestellschein

Ich bestelle hiermit \_\_\_\_\_ Exempl. der „Schlesischen Arbeiterzeitung.“  
Einsendungen an den Sozialistischen Verlag, Postfachkonto 23 855 Breslau oder an die Vertrauensleute.

Name: \_\_\_\_\_  
Bewegung: \_\_\_\_\_  
Ermög. Nr. \_\_\_\_\_